

Digitalisierung der Gesundheitsversorgung

Sendefähiger Audiobeitrag zur verbraucherpolitischen Veranstaltung des vzbv am 19. Oktober 2016

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Gesundheitswirtschaft, Krankenkassen, Ärzteschaft, und Verbraucherschutz hat der vzbv auf einer Tagung am 19. Oktober über die Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung diskutiert. Im Fokus standen dabei Bedürfnisse der Patienten und Anforderungen an einen erfolgreichen Digitalisierungsprozess.

Link zu weiterführenden Informationen auf vzbv.de:

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/fuer-eine-gute-digitale-gesundheitsversorgung>

O-Töne von

- **Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)**
- **Heiko Bolz, forsa**
- **Peter Schaar, Europ. Akademie für Datenschutz und Informationsfreiheit**
- **Oliver Schenk, Bundesministerium für Gesundheit**

Die Digitalisierung durchdringt praktisch alle Bereiche unseres Lebens, auch einen der sensibelsten - unsere Gesundheit. Die Möglichkeiten sind vielfältig: Man kann seine Joggingzeiten mit einer App messen und auf Facebook veröffentlichen oder beispielsweise über seine Blutwerte elektronisch Buch führen. Auch der Zugriff auf eine elektronische Patientenakte oder eine Videosprechstunde sind denkbar.

Um herauszufinden, wie die Verbraucherinnen und Verbraucher über die digitale Gesundheitsversorgung denken, hat der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) die Umfrageinstitute forsa und TNS Emnid beauftragt. Dazu Klaus Müller, Vorstand des vzbv auf einer Tagung des vzbv zum Thema Digitalisierung der Gesundheitsversorgung in Berlin:

O-Ton 1: Klaus Müller

0:31 min

Die Mehrheit der Befragten möchte Zugang zu ärztlicher Dokumentation und immerhin 42 Prozent wünschen sich zusätzlich zum persönlichen Arztkontakt digitale Versorgungsangebote wie die Videosprechstunde oder die Kommunikation mit dem Arzt per E-Mail oder per App. Insgesamt ist eine große Aufgeschlossenheit gegenüber neuen technischen Möglichkeiten bei den Nutzern und Befragten festzustellen, wenn

nicht die Gefahr besteht, dass die gewohnten, die persönlichen Versorgungsangebote verschwinden.

Die Befragten hoffen, dass die so genannte E-Health die Prozesse beschleunigt und einen Zeit- und Komfortgewinn bringt, so Heiko Bolz von forsä:

O-Ton 2: Heiko Bolz

0:33 min

Geringerer Verwaltungsaufwand, Doppeltuntersuchungen weg, tiefere differenziertere Behandlung, überall kann ich meine Daten abrufen, gerade in Notfällen ist das wichtig; es wird nichts vergessen und verloren, die Daten sind da; es wird auch beim Arzt, der einen nicht kennt, durch Übertragung der Informationen irgendetwas falsch erzählt; es ist alles ordentlich archiviert, wir können Langzeitbetrachtungen machen, und wir haben auch eine gewisse Kontrolle was mit mir gemacht wird.

Doch auch die Befürworter der digitalen Gesundheitsversorgung haben laut Umfrage Zweifel beim Datenschutz. Nicht ohne Grund, denn in den USA gab es bereits den Fall, dass Gesundheitsdaten gehackt und verkauft wurden. Peter Schaar, Leiter der Europäischen Akademie für Datenschutz und Informationsfreiheit, plädiert für eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen:

O-Ton 3: Peter Schaar

0:24 min

Da muss man fragen, wie werden solche Daten erhoben, durch wen und wie werden sie geschützt? Da kann und muss der Gesetzgeber ran. Auch wenn wir eine europäische Datenschutzgrundverordnung bekommen, beziehungsweise die in knapp zwei Jahren Kraft tritt, muss und kann der deutsche Gesetzgeber hier noch detailliertere Regelungen treffen im Hinblick auf den Umgang mit diesen Gesundheitsinformationen.

Doch nicht nur die Richtlinien für den Datenschutz, auch die gesetzlichen Voraussetzungen für eine funktionierende digitale Gesundheitsversorgung in Deutschland müssen angepasst oder überhaupt erst geschaffen werden. Deshalb fordert der vzbv unter anderem, dass zum Beispiel Gesundheits-Apps mit einem wirklichen medizinischen Nutzen vom Arzt verordnet werden können und von den Krankenkassen bezahlt werden. Auch wird kritisiert, dass die telemedizinische Behandlung per E-Mail oder Video derzeit nur sehr eingeschränkt durchgeführt werden kann. Klaus Müller vom vzbv plädiert zudem für die Einrichtung eines nationalen Transparenzportals, in dem die besten verfügbaren Gesundheitsinformationen zusammengefasst und verlinkt sind:

O-Ton 4: Klaus Müller

0:27 min

So kann sichergestellt werden, dass gute Informationen und gute Leistungserbringer von Nutzern gefunden werden. Und es reicht nicht aus, wenn sie theoretisch gefunden werden können, auch zur Eindämmung, auch zur Eindämmung der Flut an schlechten Apps, die in App-Stores gegenwärtig angeboten werden, könnte das Portal eine schnelle, eine einfache Hilfe bieten, indem entweder empfehlenswerte Angebote unmittelbar oder in Links zu guten App-Check-Initiativen gelistet werden.

Eine weitere Herausforderung stellt sich durch die mögliche Nutzung von Gesundheitsdaten durch die Versicherer. Darauf weist Oliver Schenk vom Bundesministerium für Gesundheit hin:

O-Ton 5: Oliver Schenk

0:26 min

Wir sehen, dass erste private Versicherer nicht nur darüber nachdenken, wie man darauf aufbauend neue Versicherungstarife anbietet, die dann dazu führen, dass diejenigen, die Daten bereitstellen und zugleich gute Gesundheitswerte liefern, finanzielle Vorteile oder Anreize erhalten sollen. Hier müssen wir die Versicherten einerseits vor Diskriminierung schützen. Wir können nicht zulassen, dass ein solidarisches Versicherungssystem unterlaufen wird, in dem vermeintlich gute gegenüber vermeintlich schlechten Versicherten bevorzugt werden.

Solche Datentarife lehnt auch der vzbv ab. Auf der anderen Seite soll die Entwicklung beispielsweise von Apps mit hohem medizinischem Nutzen nicht behindert werden. Der vzbv fordert an dieser Stelle, Patienteninteressen konsequent zu berücksichtigen. Wenn Verbraucher Medizin-Apps nutzen, sollten sie auch selbst Zugriff auf ihre medizinischen Daten haben und bestimmen können, wem sie noch zugänglich sind. Wie auch bei der lang erwarteten elektronischen Gesundheitskarte und anderen neuen Möglichkeiten der digitalen Gesundheitsversorgung muss das Prinzip der Freiwilligkeit gelten. Denn auch das hat die Umfrage ergeben: Die digitale Gesundheitsversorgung soll den persönlichen Kontakt zur Ärztin oder zum Arzt ergänzen, aber nicht ersetzen.

Autor: Erich Wittenberg

19. Oktober 2016

Kontakt

Verbraucherzentrale Bundesverband
Stabsstelle Kommunikation
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin
online@vzbv.de